

BI klagt gegen Suez-Erweiterung

BUND soll für Initiative aktiv werden. Bezirksregierung betont „Zuverlässigkeit“ des Herner Betriebs. Kritik an Aussagen zur Sterblichkeitsrate

Von Lars-Oliver Christoph

Die Bürgerinitiative Dicke Luft wird gegen die Genehmigung der Suez-Erweiterung an der Südstraße klagen. Das kündigt BI-Sprecher Gerd Kalus an. Ihr Anwalt habe nach einer Prüfung festgestellt, dass es in der behördlichen Genehmigung Ansatzpunkte für juristische Schritte gebe. Eine Klage hätte aufschiebende Wirkung.

Suez behandelt bzw. verbrennt an der Südstraße hochgiftige Böden. Die Genehmigung durch Arnberg sieht unter anderem eine Erhöhung der Kapazitäten von 48 000 auf 65 000 Tonnen pro Jahr, Änderungen bei der Zwischenlagerung und eine Verbesserung des Arbeitsschutzes vor. Die Genehmigung beinhaltet auch die Erlaubnis

zur Behandlung von 29 zusätzlichen „giftigen Abfällen“. Damit darf Suez insgesamt 93 Stoffe annehmen, die laut Abfallkatalog als gefährlich gelten.

Keine radioaktiven Abfälle

Arnberg stellt in dem 75-seitigen Genehmigungsbescheid fest, dass es keinen Grund gebe, „an der Zuverlässigkeit des Betreibers zu zweifeln“. Und: Es gebe eine Vielzahl behördlicher Instrumente, den Betrieb der Anlage zu überprüfen und sicherzustellen.

Entgegen anderer Behauptungen sei gewährleistet, dass Suez keine radioaktiven Abfälle behandle. Die Annahme von Bohrschlamm, die „natürlicherweise über eine erhöhte Radioaktivität verfügen könnten“, sei geregelt,

und müsse von Suez in Arnberg vorab angezeigt werden.

Die umweltbedingte Sterblichkeit sei in Herne erhöht, stellt die Bezirksregierung weiter fest. Es gebe eine geringere Lebenserwartung als im Landesdurchschnitt, eine erhöhte Gesamtkrebsrate sowie eine erhöhte Lungenkrebs-, Darmkrebs- und Leukämierate. „Die Ursache dieser zu beobachteten Phänomene ist unklar, da viele dieser Erkrankungen auch mit Lebensstilfaktoren (z.B. Rauchen) zusammen hängen“, heißt es. Der Anteil der von Suez verursachten Schadstoffemissionen sei aus wissenschaftlicher Sicht als äußerst gering zu bewerten.

„Diese Aussage der Bezirksregierung ist ein Schlag ins Gesicht der Menschen im Ruhrgebiet“, sagt BI-



„Das ist ein Schlag ins Gesicht der Menschen im Ruhrgebiet.“

Gerd Kalus, Bürgerinitiative, über Aussagen der Bezirksregierung zur Sterblichkeitsrate

Sprecher Gerd Kalus. Damit werde unterstellt, dass Menschen wegen ihres Lebenswandels selbst Schuld seien an Krebserkrankungen. Damit würden umwelt- und gesundheitsgefährdende Betriebe aus der Verantwortung genommen.

Zurück zur Klage: Diese soll von der Umweltschutzorganisation BUND erhoben werden, weil Einzelpersonen und Initiativen nicht dazu berechtigt sind. Bedingung des BUND: Die Herner Bürgerinitiative finanziert die Klage. „Wir benötigen bis zu 20 000 Euro“, erklärt der BI-Sprecher. Mit Infoständen in der Herner Innenstadt sowie am Rande des Kirmesumzugs werde man bei der Bevölkerung um Unterstützung bitten.

 Ausführlicherer Bericht auf waz.de/herne



Seit den 90er-Jahren ist Suez 22mal erweitert worden. FOTO: RALPH BODEMER

Bebauungsplan soll Ausbau verhindern

- Über das **Instrument Bebauungsplan** will die Herner Politik verhindern, dass Suez den Standort Südstraße in Zukunft weiter ausbauen kann.
- Auf Antrag von SPD und CDU hat der Rat der Stadt im Februar signalisiert, den Bebauungsplan für die Südstraße derart ändern

zu wollen, dass künftig **keine Erweiterungen** mehr erlaubt sind. Das sei dank einer 2017 erfolgten **Gesetzesänderung** für potenzielle Störfallbetriebe wie Suez durchaus denkbar, so Planungsdezernent Karlheinz Friedrichs im Februar im Rat. Die Stadt will sich am Donnerstag zum Thema Suez äußern.

Firma sieht Klage gelassen entgegen

Suez-Geschäftsführer schließt künftige Erweiterungen nicht aus. 29 zusätzliche „giftige Abfälle“

Suez-Geschäftsführer Volker Lohmann reagiert gelassen auf die Klage-Ankündigung. „Unser Antrag wurde von Rechtsanwälten, den Behörden, dem Landesamt für Umwelt, Natur und Verbraucherschutz und zuletzt auch noch vom Ministerium geprüft und erfüllt alle rechtlichen Anforderungen“, sagt Lohmann zur WAZ.

Die Sorgen der Bürger könne er ein Stück weit nachvollziehen. Die-

se seien aber unbegründet: „Wir halten uns an alle Grenzwerte, Auflagen und Vorgaben.“ Von Suez gehe nicht mehr Gefahr aus als von jedem anderen Industriebetrieb. Er könne nicht ausschließen, dass Suez auch in Zukunft Anträge auf Erweiterungen stellen wird. „Wir wollen uns wie jedes andere Unternehmen auch weiterentwickeln.“

Dass Suez zusätzlich 29 „gefährliche Abfälle“ annehmen dürfe,

müsse man relativieren. Dazu zählen auch Stoffe, die Suez bisher schon behandelt habe, die aber eine andere Herkunft und somit einen anderen Abfallschlüssel hätten. Sie hätten bisher keine Bohrschlamm behandelt und auch keine entsprechenden Anfragen erhalten, so Lohmann. Er könne dies für die Zukunft aber nicht zu 100 Prozent ausschließen. Dem Appell des Rates, transparenter zu werden

und Abfallarten und -mengen künftig regelmäßig zu veröffentlichen, stehe er positiv gegenüber, so der seit 2013 in Herne tätige Geschäftsführer.

Suez beschäftigte an der Südstraße 27 Mitarbeiter. Der jährliche Umsatz liege bei sechs bis acht Millionen Euro, so Lohmann. Die aktuell genehmigte Erweiterungen hätten Investitionen von rund 430 000 Euro zur Folge. loc